



**Kai Burmeister**

Sekretär der IG Metall

**Erster Mai 2013 in Sindelfingen**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

## 1. Einleitung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute ist unser Tag!

„Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.“, so lautet das Motto unserer Maifeier.

Wenn ich mich im Jahr 2013 mit offenen Augen umschaue, sehe ich, wie in diesem Land einiges schief läuft.

Immer mehr Menschen finden sich in Leiharbeit und prekären Jobs wieder.

Jobs, die nicht zum Leben reichen.

Der Sozialstaat steht unter Druck.

Uns allen drohen durch die „Rente erst ab 67“ Rentenkürzungen durch die Hintertür.

Unser Europa treibt zudem auseinander.

Im Süden steigt die Arbeitslosigkeit massiv an.

Statt eines sozialen und demokratischen Europas erlebe ich eine EU, in der für Banken alles gemacht wird, die Menschen aber auf der Strecke bleiben.

In den Betrieben, in der Politik und in unserem Europa stimmt einiges nicht.

Wir wollen einen Kurswechsel!

In Sindelfingen wollen wir heute ein Signal der Solidarität senden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei all den Zumutungen, die wir durch die Profitgier erleben mussten und müssen, Gewerkschaften sind die Erfolgsgeschichte.

Die Arbeiterbewegung ist vor 150 Jahren aus der Sehnsucht heraus entstanden, frei von Ausbeutung und Unterdrückung Leben und Arbeiten zu können.

Dabei haben wir einiges erreicht:

- Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Sozialstaat
- Steigende Löhne und verbesserte Lebensmöglichkeiten.

All das sind die Errungenschaften, die die Arbeiterbewegung in ihrer langen Geschichte erreicht hat.

Darauf können wir stolz sein:

Wir haben in den letzten 150 Jahren nichts geschenkt bekommen.

Wir mussten es uns holen und wir waren erfolgreich.

Wir sind stolz auf das Erreichte und für die Zukunft haben wir noch viel vor.

Manager von heute scheinen keine Pausen mehr zu kennen.

Wir erleben in den Betrieben heute Restrukturierungen ohne Ende.

Verlagerungen, Leistungsverdichtung und Kostensenkungsprogramme beschäftigen uns praktisch täglich.

Der Mensch mit seinen Bedürfnissen droht zur Restgröße in unserer Wirtschaft zu werden.

In der Wirtschaft muss der Mensch im Mittelpunkt stehen.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Deshalb ist es schön, Euch heute beim Maifeiertag begrüßen zu dürfen.

## **2) Die Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 und Lehren für heute**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Am 2. Mai jährt sich die Erstürmung der Gewerkschaftshäuser zum 80. Mal.

Am 2. Mai 1933 stürmten Mitglieder von SA und SS die Gewerkschaftshäuser, die Vermögen wurden beschlagnahmt und viele Kolleginnen und Kollegen wurden in sogenannte „Schutzhaft“ genommen.

Wir wollen heute gemeinsam diesen Tag gedenken.

Wir wissen: Viele Gewerkschaftsmitglieder gehörten zu den frühesten und aktivsten Gegnern des Faschismus.

Viele von ihnen bezahlten Widerspruch und Widerstand mit der Inhaftierung in Konzentrationslagern, manche gar mit dem Tod.

Die Arbeiterbewegung als Ganzes musste mit dem Aufstieg der Nazis die seit 1918 durchgesetzten Errungenschaften wieder hergeben.

Dazu gehörten:

- Das allgemeine und freie Wahlrecht
- Das Streik- und Koalitionsrecht
- Das Betriebsrätegesetz
- Den 8-Stunden-Tag

Der Aufstieg Hitlers kam nicht wie eine Naturkatastrophe über das Land.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler folgte Hindenburg den Forderungen wichtiger Kreise der Großindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes.

Otto Götz, ein Betriebsrat im Werk Sindelfingen, beschreibt im Buch *125 Jahre Arbeit und Leben* im Kapitel *Arbeit und Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*, die damalige Zeit direkt vor Ort in Sindelfingen.

Deutlich wird, die Schrecken des Faschismus haben sich nicht nur in der Ferne, in Berlin oder München vollzogen.

Sie schränkten auch das Leben der Kolleginnen und Kollegen in dieser Region und im Daimler Werk Sindelfingen ein.

Wir wissen: Nazideutschland brachte Krieg und Massenmord über den europäischen Kontinent.

Damals wie heute ist Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Deshalb: Keinen Fußbreit den Faschisten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele Gewerkschafter, die in den 1930er Jahren aktiv waren, haben sich immer wieder mit einer Frage beschäftigt.

Haben die Gewerkschaften 1933 richtig gehandelt?

Hat die Arbeiterbewegung alles Mögliche und das Richtige getan, um den Aufstieg des Faschismus abzuwenden?

Ja, mit der Machtübergabe Hindenburgs an Hitler wurde nach Ansicht der Gewerkschaften „eine sozialreaktionäre und arbeiterfeindliche Regierung berufen.“

Der Gewerkschaftsbund rief gleichzeitig zu „kühlem Blut und zur Besonnenheit“ auf und „riet von voreiligen Einzelaktionen“ ab.

Willy Bleicher, der große Bezirksleiter der IG Metall, kommt zu deutlichen Worten:

*„Kein Aufbäumen der politischen Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit.*

*Die KPD wurde verboten, ihr folgte alsbald die SPD, und den Gewerkschaften nützte auch ihre Kapitulation nichts – am 2. Mai 1933 wurden sie verboten.*

(Quelle: „Stationen des Kampfes, Antifaschistischer Widerstand – versuchter Neubeginn in Stuttgart“, erschienen in: Die Kinder des roten Großvaters, Frankfurt/M. 1976)

Der einleitende Satz Willy Bleichers „Kein Aufbäumen der Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit“, also die fehlende Einheit unter den Arbeitern, ist als das historische Versagen in der Zeit vor 1933 anzusehen.

Die gewerkschaftliche Einheit wurde nach dem Sieg über den Faschismus zu einer tragenden Säule der Gewerkschaften in der jungen Bundesrepublik.

Bleicher wusste um die Notwendigkeit der Einheit, der Einheit der Arbeiterbewegung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Was bedeuten die Erfahrungen von vor 80 Jahren für uns heute?

Wie wir gehandelt hätten, wir können es nicht wissen.

Wir können alle froh sein, dass wir uns dieser Frage nicht stellen mußten.

Wir können nur hoffen, dass wir den Mut gehabt hätten, uns den Nazis entgegenzustellen.

Jedoch gibt es wichtige Verpflichtungen für uns aus der damaligen Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Generation der Zeitzeugen stirbt in diesen Jahren allmählich aus.

### **Die erste Verpflichtung heißt:**

Unsere Geschichte müssen wir lebendig halten..

Eine konkrete Gelegenheit dazu gibt es Stuttgarter Gewerkschaftshaus.

Dort findet ab Morgen bis zum 17. Mai die Ausstellung "Umarmung und Gewalt" statt.

Die Ausstellung beschreibt die Zerschlagung von Gewerkschaften am 2. Mai 1933.

### **Die zweite Verpflichtung für uns heißt:**

Wir müssen uns alten und neuen Nazis entgegenstellen.

Auch am 1. Mai versuchen Neonazis diesen Maifeiertag für ihren Hass zu mißbrauchen.

Wir stehen hinter den Kolleginnen und Kollegen in Berlin und Frankfurt, die sich gegen den Aufmarsch von Neo-Nazis konkret wehren.

Den braunen Kameraden gehört das Handwerk gelegt.

Sich Nazis entgegenstellen, meint mehr als Gegendemonstrationen.

Die bisher bekannt gewordenen Morde und Anschläge der NSU, die insbesondere gegen türkische und griechische Menschen gerichtet waren, haben mich schockiert.

Der Neofaschistische Terror muss konsequent verfolgt werden.

Das ist Aufgabe des Staates.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Verfolgungsbehörden auf dem rechten Auge blind wären.

Ja, rechter Terrorismus lässt sich nicht per Gesetz verbieten.

Aber es muss alles getan werden, um den Nazis den Boden zu nehmen.

Es regt mich auf, dass die Neonazis von der NPD von Steuergeldern durch die Wahlkampfkostenerstattung profitieren.

Die NPD muss verboten werden!

Richtig ist es daher, dass der Bundesrat ein entsprechendes Verbotsverfahren auf den Weg gebracht hat.

Kein Verständnis habe ich für die Haltung der Bundesregierung, die davor zurückschreckt.

Es darf nie der Eindruck entstehen, dass Neonazis die Möglichkeit haben, Faschismus als eine Meinung von vielen salonfähig zu machen.

Im Mittelpunkt steht für uns, ich wiederhole mich gern:

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Wir schauen nicht weg, wenn am Stammtisch Rassismus auftaucht.

Wir akzeptieren es nicht, wenn in nützliche und unnütze Ausländer unterschieden wird.

Für uns Kolleginnen und Kollegen steht Respekt ganz oben, Respekt ist wichtiger denn je!

Ich meine: Wenn wir diese Lehren aus der Geschichte ziehen und in unser Handeln heute aufnehmen, dann ehren und würdigen wir vorangegangene Generationen von Gewerkschaftern auf eine angemessene Art.

### 3) Europa

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen hier, weil wir für ein soziales Europa sind.

Wir wissen: Europa ist in diesem Jahr in keiner guten Verfassung.

Statt um gleiche und verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen geht es in Europa nur noch um Rettungspakete.

Es sind Hiobsbotschaften, die mal aus Griechenland, dann aus Spanien und jüngst aus Zypern zu uns kommen.

Ich kann die Hoffnung vieler von uns verstehen, die Krise, die Südeuropa im Griff hält, möge doch bitte nicht zu uns kommen.

Krise, dahinter steht Unsicherheit für alle und Arbeitslosigkeit für alle.



Der eine oder die andere mag dazu geneigt sein, sich von Europa abzuwenden.

Weder die Abwendung von Europa noch der Rückzug auf den Nationalstaat können erfolgversprechend sein.

„Es gehört uns allen, dieses Europa“, mit diesen Worten hat Willy Brandt den Grundgedanken eines vereinten Europas formuliert.

Und ich meine, es lohnt sich heute für ein soziales und solidarisches Europa einzutreten.

Wir sind für Europa, aber wir müssen sagen, wo es falsch läuft.

Meine Eindruck ist: Angeführt von Frau Merkel hangeln sich die politischen Eliten von einer Krisenmaßnahme zur nächsten.

Offensichtlich wird dabei, die Politik sind Getriebene der Finanzmärkte.

Die Politik tritt nicht mehr als Interessenvertreter ihrer Bevölkerungen auf.

Damit nehmen die Sozialstaaten und die Demokratie in Europa Schaden:

- Schuldenstaaten werden zu ökonomisch unsinnigen Zwangsmaßnahmen gegen die eigene Bevölkerung gezwungen. Sie treten in einen Wettlauf um die radikalsten Kürzungen von Sozialleistungen ein;
- die Rechte der Parlamente geraten unter die Räder.
- und Banken und Rating-Agenturen schwingen sich zu Richtern über die Politik auf.

Erst wälzen sie die Kosten ihrer Zockerei auf die staatlichen Haushalte - und dann kündigen sie den Regierungen das Vertrauen auf.

Europas Idee der Aufklärung wird damit kurz und klein geschlagen.

Kolleginnen und Kollegen,

das kann, das darf so nicht weiter gehen.

Es wird höchste Zeit, dass die Menschen in Europa sich gemeinsam gegen die Ausplünderung ihres Gemeinwesens zur Wehr setzen.

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland steht:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Da steht nicht: „Alle Macht geht von den Märkten aus.“

Deshalb sage ich in Richtung Angela Merkel und der Bundesregierung:

- Werben Sie nicht um das Vertrauen der Märkte, werben Sie um die Zustimmung der Menschen.
- Setzen Sie die Finanzmärkte unter Druck und nicht die Sozialstaaten
- Und machen Sie endlich ernst damit, die Krisenverursacher an den Krisenkosten zu beteiligen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Medizin ala Troika für die Krisenländer sieht tatsächlich so aus:

Arbeitsplatzverluste, drastische Lohnsenkungen, Armutsrenten und Verlust von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten.

Diese Entwicklung muss gestoppt werden – sie taugt für kein Land der EU.

Wir brauchen eine grundlegende Kurskorrektur in Europa.

Wir wollen kein neoliberales Europa der Banken und Bürokraten.

Wir streiten für ein solidarisches und demokratisches Europa.

#### 4) Bundestagswahl

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieses Land ist schlecht regiert.

Wir alle haben eine bessere Regierung verdient.

Wir alle spüren, wie sehr sich die Schere zwischen Arm und Reich öffnet.

Die Regierung setzt auf eine Politik des „Nichts hören und Nichts sehen“.

So wurden im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wichtige Passagen entstellt, ja gefälscht.

Wichtige Fakten haben Merkel und Rössler unter den Tisch fallen lassen:

Im Entwurf des Berichts stand eine richtige Bewertung:

"Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt", diese Tatsache ist in der Einleitung des offiziellen Regierungsdokuments nun nicht mehr zu finden.

Selbst Fakten tauchen in dem Bericht nicht mehr auf.

In der ersten Version hieß es:

"Allerdings arbeiteten im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Mio. Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro."

Dieser Satz wurde gestrichen.

Der Vater des Gedankens scheint folgender zu sein: Wer sich seine Wirklichkeit zusammendichtet, der braucht nichts zu machen.

Die gehören nicht in die Regierung, die gehören abgewählt.

Es ist doch eine Tatsache, dass in diesem Land der Niedriglohnssektor boomt.

Leiharbeit und prekäre Arbeit sind wie Pilze aus dem Boden geschossen.

Sechs bis sieben Millionen Menschen sind in diesem reichen Land von Niedriglöhnen betroffen.

Hunderttausende müssen sich vom Staat Geld zuschieben lassen, weil sich dreiste Firmen auf niedrigen Löhnen ausruhen.

Das ist weder fair, noch wirtschaftlich sinnvoll.

Als Gewerkschaften verlangen wir Ordnung und Fairness für die Arbeitswelt.

Wir wissen: die Agenda 2010 ist für viele neue Ungerechtigkeiten verantwortlich.

Hartz IV hat den Arbeitsmarkt nicht besser gemacht, sondern als Treibsatz für Armut, Niedriglöhne und rechtlose Arbeit gewirkt.

Folgende Forderungen stehen für uns oben auf der Tagesordnung.

- 1) Wir wollen einen Mindestlohn von mindestens 8,50 in der Stunde.
  
- 2) Der Missbrauch der Leiharbeit muss ein Ende haben, Leiharbeiter müssen das gleiche wie Stammbeschäftigte verdienen.

Kolleginnen und Kollegen!

„Sichere Rente“, diese Forderung steht mit Recht auf unseren Transparenten.

Die Rente ab 67 ist beschlossene Sache, aber das macht sie nicht besser!

Jetzt phantasieren selbsternannte Demographie-Experten von der Bertelsmannstiftung über die Rente ab 70.

Ich kann den rentenpolitischen Schreibtischtätern nur empfehlen:

Gehen Sie in die Betriebe und Verwaltungen, schauen sie sich die Arbeitswelt von heute an.

Mehr ältere Arbeitslose und gekürzte Renten – das werden die Folgen höherer Altersgrenzen sein!

Wir kennen den Arbeitsmarkt und die Wirklichkeit in den Betrieben - für uns steht fest:

Die „Rente mit 67“ ist und bleibt eine grandiose Fehlentscheidung in der Geschichte der Sozialpolitik.

Sie fördert Arbeitslosigkeit und Altersarmut.

Die „Rente ab 67“ - muss weg!

Ja, Kolleginnen und Kollegen,

Wir wollen keine „Rente ab 67“ und keine andere Einheitsgrenze für Alle.

Unterschiedliche Bedingungen in den Betrieben erfordern unterschiedliche Optionen im Rentenrecht.

Flexible Ausstiegsoptionen für die, die früher raus müssen oder wollen – und ein Renteniveau, von dem man leben kann!

Das muss drin sein und darauf bestehen wir!

Nach vielen neoliberalen Reformen ist unsere Rentenversicherung löchrig wie ein Schweizer Käse.

Langzeitarbeitslosen, Erwerbsgeminderten und vor allem vielen Frauen droht die Armut im Alter.

Das spricht einem modernen Sozialstaat Hohn.

Wir verlangen von jeder und jedem, der ab Herbst die Regierung stellt: Macht die Rente zukunftsfest.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ja, unser Sozialstaat ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Wir wissen: Gesundheit für uns alle, die Betreuung von Kindern in Kitas und die Pflege von Älteren kosten Geld.

Wir sind uns einig, in diesem Land ist keine Erzieherin und kein Pfleger überbezahlt.

Im Gegenteil, viele Sozialberufe sind erschreckend niedrig bezahlt.

Der Sozialstaat ist unterfinanziert.

In Schulen und in Sozialeinrichtungen ist immer zu hören: Kein Geld da!

Die Politik des knappen Geldes steht im krassen Widerspruch, wenn es darum geht, Banken zu retten.

Dann spielen Milliarden keine Rolle, aber am Sozialstaat wird gespart.

Geld ist in diesem Land genug vorhanden, es ist nur falsch verteilt.

Manager mögen in diesem Land Millionen verdienen.

Wer aber viel verdient, muss auch abgeben.

Tatsächlich werden Millionen am Fiskus vorbei zu den Steueroasen verschickt.

Banken machen da im großen Stil mit.

Das ist kriminell – wer Steuerflucht als Bank fördert, gehört in den Knast!

Große Vermögen, hohe Einkommen, Kapitalerträge sowie Erbschaften müssen wieder angemessen besteuert werden.

Wir stehen für einen Kurswechsel in der Steuerpolitik.

Wir fordern: Hohe Vermögen müssen anständig besteuert werden.

Wir brauchen eine Abgabe auf hohe Vermögen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir wollen einen Politikwechsel in diesem Land.

Wir sind aber nicht naiv.

Weder mit einem Kreuz am Wahltag noch mit einer neuen Regierung wird automatisch alles gut.

Diese Illusion habe weder ich noch ihr.

## **5) Schluss**

Kolleginnen und Kollegen!

Zum Schluss: Wir wollen Gute Arbeit, Solidarität und soziale Demokratie!

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir können es nur selber tun!

Dafür brauchen wir Kraft.

Deshalb ist es gut, wenn wir uns heute am 1. Mai auch Freude und Erholung gönnen.

Wir denken über den Tag hinaus und haben noch einiges vor.

Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der Solidarität und Humanität nicht immer wieder gegen die Profit- und Machtinteressen gesellschaftlicher Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Das wäre zweifelsohne eine Gesellschaft jenseits des Profitzwangs.

Für dieses Ansinnen ist die Arbeiterbewegung einst angetreten.

Ein altes Ansinnen, aber zugleich das aktuellste, das ich kenne.

Auf geht's!

Für gute Arbeit, für sichere Rechten in einem sozialen Europa!